

Neues Deutschland

01.04.2011 / Inland / Seite 13

Ein Moratorium, von dem keiner weiß

In NRW wächst die Zahl der Initiativen gegen Bohrungen nach Erdgas

Von Marcus Meier

Im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen wird die Debatte um Probebohrungen nach Erdgas heftiger. Die LINKE kritisiert auch die Grünen.

Das passiert nicht oft im konservativ geprägten Münsterland: In Steinfurt gelang es der LINKEN-Ratsfraktion, den kompletten Stadtrat für eine gemeinsame Resolution zu begeistern. Einstimmig und parteiübergreifend beschlossen die Ratsleute Anfang Februar, dass künftig Behörden, Ratsleute und Bürger besser informiert werden sollen über Probebohrungen nach Erdgas in der Gegend. Auch dürften Probebohrungen nur dann genehmigt werden, wenn unabhängige Gutachten belegen, dass Schäden ausgeschlossen sind. Genau genommen wurde der Text auf Wunsch der CDU noch zugespitzt.

Diverse Mauseleien

Insbesondere in NRW wird die Debatte um die Gefahren schon bei der Suche nach den schwer förderbaren Erdgasen heftiger. Der Rohstoff soll das Ende des fossilen Zeitalters um drei bis fünf Jahrzehnte verlängern helfen. Die Diskussion dreht sich insbesondere um das Fracking, jene spezifische Bohrmethode, die schwer zugängliches Erdgas förderbar machen soll und dabei ganze Gesteinsschichten zerstört. Es geht aber auch um angebliche und tatsächliche Mauseleien beteiligter Unternehmen und Behörden.

Bisheriger Höhepunkt: Die rot-grüne Landesregierung erließ unlängst ein Moratorium für die Erkundung von Erdgaslagerstätten. Zumindest in diesem Jahr soll die Suche »ruhen«. Nachdem die Bohr-Gegner sich lautstark freuten und Medien von einer »überraschenden Wende« sprachen, verkündete am Wochenanfang ExxonMobil, einer der Hauptakteure unter den potenziellen Gasförderern: Von einem Moratorium wisse man nichts. Entsprechend bestehe kein Anlass, »das Kernbohrprogramm (...) auszusetzen«.

Aktionstag am 7. April

Nur durch Zufall hatten Parlamentarier und Bürger im November 2010 erfahren, dass im einwohnerstärksten Bundesland der Einstieg in die kommerzielle Nutzung des unkonventionellen Erdgases längst begonnen hat. Für die Hälfte der Landesfläche (immerhin 17 850 Quadratkilometer) wurden Berechtigungen zur unterirdischen Suche erteilt – vor allem an Konzerntöchter von ExxonMobil, BASF und Shell. Dabei geht es immer um »Aufsuchungen zu gewerblichen Zwecken« (siehe: »Claims heimlich abgesteckt«, ND vom 6.11.2010).

Seitdem wächst die Zahl der bohrkritischen Bürgerinitiativen rasant. Sie sagen: Das Fracking zerstört ganze Gesteinsschichten, das Grundwasser könnte durch Bohrungen vergiftet werden – sei es durch die in großer Menge eingesetzten Chemikalien, sei es durch radioaktive Substanzen wie Radium 226, das mit dem Erdgas gefördert wird. Für den 7. April haben die bohrkritischen Bürgerinitiativen einen dezentralen »Aktionstag gegen Fracking« angekündigt. In sechs nordrhein-westfälischen Städten soll gegen die Bohrpläne demonstriert werden.

Die rot-grüne Landesregierung hat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Sie will »alle nötigen Fakten« sammeln, um dann eine »informierte Entscheidung« treffen zu können, so die Grünen-Abgeordnete Wibke Brems am Mittwoch während einer Landtagsdebatte. Ein Problem sei, dass Exxon »relevante Informationen nur auf Druck« weitergebe. In Niedersachsen habe der Öl- und Gaskonzern nach einem schweren Bohr-Unfall geschwiegen. Auch in NRW, so Brems, sei Exxons Kommunikation mangelhaft. Wer Fragen stelle, erhalte ausweichende Antworten. »Warum«, fragt Brems, »wenn das Verfahren doch so sicher ist?«

Erinnerung an Merkel

Was das Thema Erdgas-Bohrungen betreffe, zeichne sich auch Brems grüne Partei durch »Rumeiern« aus, moniert derweil

Rüdiger Sagel, Vize-Fraktionschef der Landtags-LINKEN. Als seine Fraktion vor zwei Monaten ein generelles Verbot dieser Erdgasförderung forderte, hätten auch die Grünen dies abgelehnt, erinnerte Sagel im Landtag. Rot-Grün erinnere an Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrem Moratorium für Uralt-AKW. »Dasselbe machen Sie beim Gasfracking«, rief Sagel in Richtung Regierungsbank. Doch die Förderung unkonventionellen Erdgases »ist zu gefährlich für Mensch und Umwelt«, betont der gelernte Bergbauingenieur Sagel.

Informationen im Internet unter:

www.gegen-gasbohren.de[1]

Links:

1. <http://www.gegen-gasbohren.de>

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/194468.ein-moratorium-von-dem-keiner-weiss.html>